



Herrn
Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

FDP-Ratsgruppe

20.05.19

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sondersitzung des Rates am 27. Mai 2019:

Die Sperrung des Fußweges in Schlebusch entlang der Dhünn zwischen Kreisverkehr Odenthaler Straße und Dhünnbrücke im Wald wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben und auf beiden Seiten mit einem Hinweisschild versehen, dass die Nutzung des Weges auf eigene Gefahr erfolgt.

Begründung:

Im Frühjahr sollten aus Sicherheitsgründen am o.g. Dhünnweg eine Reihe Pappeln und Erlen gefällt werden. Gegen die Fällungen hat sich sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der Bevölkerung aus gutem Grund erheblicher Widerstand formiert. Die Fällungen sind nun bis zum Herbst ausgesetzt.

In der Folge ist der Fußweg vorsorglich von der Verwaltung abgesperrt worden, die erste Absperrvorrichtung wurde allerdings von Bürgerinnen und Bürgern schnell wieder (teil)geöffnet. Dies zeigt, wie wichtig diese Verbindung zwischen Leimbacher Berg/Edelrath/Hummelsheim/aber auch Schildgen, und dem Schlebuscher Zentrum ist.

Hier ist ohne Not eine wichtige Fußgänger/Fahrradachse verschlossen worden. Seit Mitte Mai hat die Verwaltung nun die Absperrungen verstärkt, damit nun auch wirklich niemand den Dhünndeich entlang gehen kann. Es ist allerdings deutlich zu erkennen, dass auch hier Nischen gesucht und gefunden wurden, denn nun gehen die Leute an der Uferböschung bzw. unterhalb der Brücke an der Absperrung vorbei und gehen dann den Fußweg entlang. Damit zeigt sich, wie bedeutsam der Weg für die Bürgerinnen und Bürger ist und dass die Absperrung einem Schildbürgerstreich gleichkommt. Insbesondere die Kommunalpolitiker in Schlebusch werden immer wieder darum gebeten, die sofortige Öffnung herbeizuführen, was hiermit geschehen soll.

Jahrzehnte war der Weg ungesichert und bis heute ist der Zustand des Bodens (der Weg wird allgemein aus gutem Grund Wurzelweg genannt) sehr viel unfallgefährlicher als die möglichen Astabbrüche von den Bäumen. Eine Verkehrssicherungspflicht war bisher nicht Thema, darum ist es der Bevölkerung auch jetzt nicht zu vermitteln, warum jetzt eine Verkehrssicherungspflicht den Weg versperrt. Hier sollte sofort pragmatisch und bürgernah entschieden werden.

Wegen der Frage nach der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht ist die Entscheidung keine Bezirks- sondern eine Ratsentscheidung und sollte rasch, also auf der Sondersitzung am 27.5. erfolgen!!!

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
FDP-Ratsgruppensprecherin

